

	<b>Anfragen-Nr.</b>	
	<b>EAF-0035/2020</b>	

# Einwohneranfrage

Frau S.  
99817 Eisenach

<b>Betreff</b>
<b>Einwohneranfrage - Anwendung der 5G-Technologie</b>

## I. Sachverhalt

Auf meinen Offenen Brief zu 5G hatte ich eine Antwort von Oberbürgermeisterin Katja Wolf erhalten. Demnach befinden wir uns in Eisenach in Ausbaustufe 2 des 5G-Modellprojekts des Bundes mit "grundstücksbezogenen Campusnetzen". In Phase 3 folge der flächendeckende Ausbau des 5G-Netzes im Stadtgebiet.

An die Antwort angehängt erhielt ich ein Rundschreiben zum Thema, darin wird bei der Frage zum Netzausbau auf die Website der Bundesnetzagentur verwiesen. Dort kann ich zwar die bestehenden Mobilfunkmasten sehen, aber zum 5G-Ausbau werde ich an die Betreiber verwiesen. Bei der Telekom ist für 5G ein "Hybrid-Sendestandort" in Stedtfeld eingetragen, bei den anderen Anbietern kann ich keine Einträge finden. Bei jedem Anbieter selbst nach Standorten nachfragen zu müssen, halte ich für unverhältnismäßig.

Mindestens der Standort Stedtfeld ist also offiziell bestätigt. Ich verstehe die Antwort von Katja Wolf so, dass die "Campusnetze" derzeit schon ausgebaut werden können. Da für 5G teilweise baulich nicht genehmigungspflichtige Sendeanlagen geplant sind, könnte es also möglich sein, dass wir in Eisenach schon längst von 5G-Anlagen umgeben sind. Da für Kleinzellen keine Standortbescheinigung benötigt wird und sie laut Bundesregierung bevorzugt in vorhandene Infrastruktur integriert werden sollen wie Leerrohre, Lichtmasten und das Innere von Litfass-Säulen, ist es denkbar, dass wir davon gar nichts mitbekommen.

Gleichzeitig nehmen weltweit die Warnungen vor den Gefahren von 5G zu, immer mehr Regionen und Kommunen sprechen sich laut Medienberichten gegen den Ausbau aus, beispielsweise Slowenien als ganzes Land, vor kurzem seien die 5G-Pilotprojekte in Brüssel und in den Kantonen Genf, Waadt und Jura sowie in Rom und Florenz zum Schutz der Bürger mit Hinweis auf die fehlenden Studien zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit gestoppt worden.

Die mit dem Brief versandten Anmerkungen des Bundes, die mich sicher beruhigen sollten, alarmieren mich mehr als zuvor. So ist daraus klar zu entnehmen, dass die Bürger und offensichtlich nicht einmal die Kommunen wirklich Einfluss nehmen können. Demnach haben Kommunen ein "Mitspracherecht" bei der Auswahl der Standorte und sie sollen informiert werden, und "es wird erwartet", dass die Netzbetreiber auch die Bürgerinnen und Bürger informieren. Außerdem wird auf die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber verwiesen, "die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zu gewährleisten". Für mich sind das alles sehr "schwammige" Formulierungen ohne jede verpflichtende Relevanz, und wozu Selbstverpflichtungen führen, mussten wir oft genug feststellen, zuletzt beim Skandal um Mineralöl in Babynahrung, gedeckt durch unsere Landwirtschaftsministerin.

Die vom Bund angeführten Unbedenklichkeitsnachweise sind nach Meinung zahlreicher Experten nicht akzeptabel.

Unter diesen Umständen erwarte ich ebenso wie zahlreiche weitere Eisenacher Bürger und Bürgerinnen, dass wir schnellstmöglich genaue Informationen zum Ausbau in Eisenach erhalten, und zwar nicht erst in einer der nächsten Stadtratssitzungen.

## **II. Fragestellung**

1. Werden Sie zum Schutz der Bürger die Einführung der 5G-Technologie in unserer Stadt sofort stoppen bis die Unbedenklichkeit von neutraler Seite geklärt und bescheinigt wurde?
2. Was tun Sie, um die massiven Bedenken vieler Bürger und Bürgerinnen schnellstmöglich auszuräumen? Ist Ihnen bewusst, dass Unbedenklichkeitsbeweise des Bundes angesichts von Einnahmen in Höhe von 6,55 Milliarden Euro für die Frequenz-Versteigerung für viele Bürger nicht überzeugend sein können? Wie reagieren Sie auf die ernstzunehmenden Studien und Berichte, die Gefahren bestätigen, sowie auf die Protestbewegung insbesondere von Ärzten und Wissenschaftlern?
3. Wer trägt die volle finanzielle Haftung für alle Schäden, die aus der Anwendung der 5G-Technologie entstehen könnten?

Frau S.  
99817 Eisenach